

EINWOHNERRAT

Protokoll der 3. Sitzung 2009 des Einwohnerrates Beringen

vom 26. Mai 2009, 20.00 Uhr, Saal 1
Restaurant Gemeindehaus, Beringen

Vorsitz: Roger Paillard

Aktuarin: Natalie Nigg

Traktanden:

1. Protokoll der Sitzung vom 07. April 2009
2. Jahresrechnung 2008 der Gemeinde Beringen
3. Bericht und Antrag des Gemeinderates über die Werkleitungen und den Strassenbelag „Postberg“
4. Bericht und Antrag des Gemeinderates über die Anschaffung eines Fahrzeuges für das Bauamt
5. Verschiedenes

Einwohnerratspräsident Roger Paillard begrüsst die Einwohnerrätinnen und –räte, den Gemeinderat, die Pressevertretung und die Gäste.
Entschuldigt ist Patrick Portmann, der in Sion den Militärdienst absolviert und keinen Urlaub bekommen hat.

Traktandum 1: Protokoll der Sitzung vom 07. April 2009

- Die Aussage von Regula Widmer auf Seite 12 wird wie folgt geändert:
Darf ich fragen, warum der Stadtökologe nicht eingebunden wurde?
- Die Aussage von Hugo Bosshart auf Seite 16 wird wie folgt geändert:
Ich möchte die Vision auch unterstützen. Wenn man das zweite Traktandum betrachtet, wo man 350`000 Franken zur Attraktivierung des Schwimmbades aus-

gibt und schlussendlich ein Minus von rund 160`000 Franken pro Jahr ausweist, dann kann man sich auch die Vision, die Gebäude zu kaufen, leisten.

Das Protokoll wird verdankt und genehmigt.

Traktandum 2: Jahresrechnung 2008 der Gemeinde Beringen

René Auf der Maur wird an den Tisch gebeten.

Gemeinderat Walter Streit: Herr Präsident, werte Anwesende, wenn ein Finanzreferent bei einem Rohgewinn von ca. 1.6 Millionen Franken einen Gewinn von 210`794 Franken ausweist, dann scheint das auf den ersten Blick schon suspekt. Finanzer gelten als Geizhalse und Schwarzmalter.

Theodor Fontane bemerkte dazu:

„Geizhalse sind die Plage ihrer Zeitgenossen, aber das Entzücken ihrer Erben“
Nur, das hier erwirtschaftete Ergebnis ist ja nicht unser Eigentum, aber trotzdem vererben wir eine „Hinterlassenschaft“ an die folgende Generation. Sei das nun an eine Generation von Steuerzahlern oder an eine Generation von Politikern in Legislative und Exekutive.

Es ist das Ziel der jetzt amtierenden Exekutiv-Generation, selber in einem guten Umfeld, die zu erledigenden grossen Aufgaben zu lösen. Wir möchten auch unseren allfälligen Nachfolgern eine gute Situation hinterlassen.

Wie nun wirklich jedes Jahr, darf der Zentralverwaltung und allen Abteilungen der Verwaltung der Dank für die hochpräzise Buchführung, die saubere Ordnung in den Ablagen und die gute Kooperation bei allen Fragen der Rechnungsprüfung ausgesprochen werden.

Mit den Zahlen haben sich die Ratsmitglieder sicher bereits persönlich und in den Fraktionen eingehend auseinandergesetzt.

Als wichtiger Wert gilt sicher der Rohgewinn von tatsächlich ca. 1.6 Millionen Franken. Ein Gewinn war geplant, war angestrebt und ist nun auch eingetreten.

414`000 Franken von der Kantonalbank als Jubiläumsgeschenk, sowie der Verkauf der BS-Bank Aktien für 180`100 Franken haben den „normalen“ Ertrag noch vergrössert.

Der im Dezember letzten Jahres eingerichtete Fond für die Finanzierung des Schulhauserweiterungsprojektes konnte nun mit 800`000 Franken gespeist werden.

Wir sind in der glücklichen Lage, unsere jetzt laufenden Investitionen mit eigenen liquiden Mitteln zu finanzieren.

Jedenfalls gibt es einen guten Grund zur Freude.

Aber um dem guten Ruf als pessimistischer Financier mit den zweithöchsten Dienstjahren im Kanton gerecht zu werden, sei hier auch die nächste Zukunft kurz angesprochen.

Wir stecken weltweit in einer schweren Rezession. Heute Abend hat Johann Schneider-Amman gesagt, dass es einen Einbruch in der Maschinenindustrie von 40% bei den Auftragseingängen in einem so kurzen Zeitraum noch nie gegeben hat. Die Rezession hat in den USA im Dezember 2007 begonnen. Sie dauert jetzt bereits 17 Monate. Eine Erholung ist frühestens auf Ende 2009 zu erwarten. Das sind dann 24 Monate Rezession. Das ist die längste und tiefste seit der Weltwirtschaftskrise 1929, die aber ganze 43 Monate gedauert hatte. Ob sich die Konjunktur in den USA wirk-

lich bis Ende dieses Jahres erholen und eine Trendwende eintreffen wird, wird sich weisen.

In diese Gesetzmässigkeit geht auch ein, dass die Auswirkungen des Niederganges mit acht bis zwölf Monaten Verzug in Europa und auch in der Schweiz wirksam werden. Dazu hat Schneider-Amman bemerkt, dass hier jetzt drastisch sichtbar wird, was vor eineinhalb Jahren in den USA begonnen hat.

Da wir zurzeit noch nicht grosse Arbeitslosenzahlen haben, wird es zwei Jahre dauern, bis allfällige Einkommensrückgänge beim Steuergang der natürlichen Personen wirksam werden. Bei juristischen Personen tritt die Veränderung nach unten schneller ein. Bei grösseren Verlusten sind die Auswirkungen dann bis fünf Jahre lang steuerwirksam.

Erholt sich die US Konjunktur, wird aber auch der Aufschwung hier mit Verzug wirksam. Ich denke, unsere umsichtige und zurückhaltende Finanzpolitik gibt uns nun auch den erforderlichen Spielraum, unsere Aufgaben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten lösen zu können.

Für diese schwierige Zukunft mit den grossen Aufgaben hier in unserem Dorf, bin ich als pessimistisch eingestellter Finanzier wieder eher optimistisch.

Um auf mein Zitat am Anfang meiner Ausführungen zurückzukommen:

Als Finanzier kann ich tatsächlich ein Erbe hinterlassen, ohne selber schon das Zeitliche zu segnen.

Ich bitte Sie nun das diesjährige Erbe zu analysieren. Der Zentralverwalter und alle Gemeinderäte versuchen Ihre noch offenen Fragen zu beantworten und Ihre Anregungen entgegen zu nehmen.

Christian Chiozza: Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission zur Gemeinderechnung `08: In Ausübung unseres Amtes als Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde Beringen haben wir die Jahresrechnung 2008 der Einwohnergemeinde Beringen in Zusammenarbeit mit der externen Kontrollstelle Mannhart & Fehr Teuhand AG, 8203 Schaffhausen, überprüft.

Wir haben festgestellt:

- Die vorgelegte Verwaltungs- und Bestandesrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein.
- Die Buchhaltung ist sorgfältig und ordnungsgemäss geführt.
- Die Vermögensbestände sind ausgewiesen.
- Die gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf Gemeindehaushalt und Rechnungswesen wurden eingehalten.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir dem Einwohnerrat, die vorliegende Jahresrechnung 2008 der Einwohnergemeinde Beringen zu genehmigen und dem Rechnungsführer Entlastung zu erteilen.

Herr Präsident, geschätzte Anwesende, die GPK hat zusammen mit dem Treuhandbüro Mannhart & Fehr am 15. und 16. April die Gemeinderechnung geprüft. Die Rechnung hat sich wie gewohnt, sauber und tadellos bis ins letzte Detail präsentiert. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Verwaltung. Ebenfalls einen Dank an Mannhart & Fehr für die Federführung. Das Rechnungsergebnis ist ein Überschuss von 457`982 Franken, bei einem budgetierten Fehlbetrag von 49`400 Franken. Im Namen der GPK empfehle ich Ihnen die vorliegende Rechnung zu genehmigen und dem Rechnungsführer Entlastung zu erteilen. Für die GPK-Kommission: Christian Chiozza.

Die SP/ÖBS-Fraktionsgemeinschaft schliesst sich dem an und ist für Eintreten.

Roger Paillard: Wir kommen nun zu dem Eintreten der Fraktionen, wobei das erste Eintreten schon gemacht wurde.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Maag: Es ist so, wie der Gemeinderat schreibt. Das ist wirklich eine Rechnung, die Freude machen kann. Einmal mehr, das muss auch gesagt sein. Schon letztes Jahr konnte ein Teil abgeschrieben werden, Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die 1.4 Millionen Franken, abzüglich der BS-Aktien und der Zuschüsse der Kantonalbank vom Steuerzahler zuviel bezahlt worden sind. Das Geld ist blockiert und wird nicht in den Geschäften oder bei Handwerkern ausgegeben werden. Das ist die andere Seite der Wirtschaft. Wenn im Sommer ein neuer Finanzplan erstellt wird, hoffe ich, dass wir über das neue Schulhaus sprechen werden und wir auch genauer wissen, wie viele Investitionen im Wasser- und Abwasserbereich nötig sind. Es ist wichtig, dass dann der Gemeinderat eine klare Absicht über die Entwicklung der Gebühren, sowie auch des Steuerfusses bekannt geben kann. Sicher unter der Berücksichtigung der Wirtschaftslage und der Arbeitslosen. Man rechnet mit 5,2% bis Ende Jahr in Schaffhausen.

Die EVP/CVP/FDP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten und ist für Eintreten.

Astrid Schlatter: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, es freut mich, dass die Rechnung `08 so gut abgeschlossen hat. Natürlich haben das Jubiläumsgeld der Kantonalbank und der Verkauf von BS-Aktien auch seinen Teil dazu beigetragen. So konnten die ordentlichen und auch zusätzlichen Abschreibungen getätigt werden. Wir von der SVP haben uns besonders über die 800`000 Franken gefreut, die dem Schulhausfond zugewiesen wurden. Das stimmt uns zuversichtlich im Hinblick auf die Schulhauserweiterung. Es bleibt ein Vorschlag von knapp 211`000 Franken, der uns in die ungewisse Zeit betreffend Wirtschaftskrise begleiten wird. Unser Dank geht an René Auf der Maur und an alle anderen Beteiligten für die sauber geführte Rechnung.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Einheitliches Eintreten wird festgestellt.

DETAILBERATUNG

Die Jahresrechnung 2008 der Gemeinde Beringen wird Seite für Seite diskutiert. Astrid Schlatter führt durch die Rechnung. Zu folgenden Seiten gab es Voten.

Zu Seite 6:

Regula Widmer: Geschätzter Herr Präsident, werte Anwesende, ich hätte eine Frage zu Punkt 029.312: Heizung, Strom, Wasser, Reinigung (ohne Feuerwehr). Das ist eine ziemliche Punktlandung, wenn man es mit der Rechnung `07 vergleicht. Budgetiert war einiges mehr. Meine Frage dazu: Hat man im Bereich Heizung, Strom, Wasser weniger benötigt, da die Heizölpreise so hoch waren? In der Schule ist der andere Fall eingetreten. Dazu wurde ein Kommentar geschrieben.

Gemeinderat Walter Streit: Ich weiss nicht, was ich dazu sagen soll.

René Auf der Maur: Ich kann schon etwas dazu sagen. Das sind die effektiven Kosten. Wir haben eine genaue Abrechnung über das Heizöl. Wir haben nichts Ausserordentliches gehabt. Ich kann nur sagen, schön, dass wir nicht mehr gebraucht haben. Wir hatten damals gedacht, dass das Öl teurer werden und wir mehr brauchen könnten. Das hat alles nicht stattgefunden. Es ist schwierig zu sagen, warum wir nicht mehr gebraucht haben. Im Budget `08 waren wir wahrscheinlich ziemlich negativ gestimmt. Dies ist dann nicht so eingetreten.

Regula Widmer: Es ist nicht ganz nachvollziehbar, weil bei der Bildung gerade das Gegenteil eingetreten ist und man dort viel mehr Heizöl benötigt hatte. Wenn man eine Mischrechnung macht, dann stimmt es wieder. Ich kann mit der Antwort leben, merci.

René Auf der Maur: Eine Mischrechnung kann man nicht machen. Jeder ist autonom, jeder kauft selber Öl und rechnet für sich alleine ab.

Roger Paillard: Das müssen wir wahrscheinlich ein wenig offen so stehen lassen.

Zu Seite 7:

Erwin Zoller: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, zu Seite 7, Punkt 3650: vormundschaftliche Anordnungen: Warum ist nichts im Budget enthalten? In der Rechnung `07 sind 39'088.80 Franken enthalten und in der jetzigen wieder 23'790 Franken. Warum haben wir im Budget nichts?

Gemeinderat Walter Streit: Diese Ausgaben sind unheimlich schwierig im Voraus zu beurteilen. Wenn man eine Bestandesaufnahme macht oder das Budget plant, kann die Zukunft rosig aussehen, dann sieht man nichts vor. Der Fall hier ist ähnlich wie im Bereich Soziales. In früheren Jahren hatte man dort Jahr für Jahr Fälle, bei denen man Rauschgiftsuchtfälle zur Therapie schicken und unterstützen musste. Das war auch schlecht planbar. Genauso schlecht planbar sind hier die vormundschaftlichen Massnahmen. Das ist die Antwort, warum es so ist. Wir können nicht versprechen, dass wir im nächsten Budgetjahr zuverlässiger planen können. Auch dann werden uns die Ereignisse entweder verschonen oder überrollen.

Zu Seite 14:

Erwin Zoller: Ich habe noch eine Frage zu Punkt 434: Benützungsgebühren Zimmerberganlagen. Ist dort so viel mehr gelaufen, dass wir so viel mehr eingenommen haben? Ich kann mich nicht erinnern, dass so viel mehr gelaufen ist.

Gemeinderat Andreas Leu: Ich habe hier den Kontoauszug von den Benützungsgebühren Zimmerberganlagen. Es ist tatsächlich so viel mehr gelaufen.

Erwin Zoller: Das ist schön.

Gemeinderat Andreas Leu: Du kannst die Abrechnung gerne haben, wenn es dich interessiert. Es sind alle Veranstaltungen, die gebührenpflichtig waren, aufgeführt.

Zu Seite 23:

Regula Widmer: Ich habe ein Votum zu Punkt 3141. Es hat dort auch einen Kommentar dazu. Es geht um die Erstellung und Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung. Man sieht, und es ist auch im Kommentar vermerkt, dass die Kosten massiv höher sind als geplant. Ich denke, es ist problematisch, wenn man sieht, dass auch dieses Jahr wieder 20'000 Franken budgetiert und die Hälfte davon schon wieder gebraucht wurde. Ich möchte darum bitten, dass man bei der Erstellung des Budgets darauf achtet, dass dieser Kostenpunkt realistisch ist. Insbesondere deshalb, weil man, wie uns Herr Gemeinderat Stefan Kunz letztes Mal gesagt hat, mit dem EKS in Verhandlung steht. Er hat auch bestätigt, dass man hier etwas ändern will. Dann ist es unschön, wenn man solche Überschreitungen hat.

Zu Seite 25:

Hugo Bosshart: Ich hätte eine Verständnisfrage zu diesen Gebühren Wasser. Wir hatten einen Aufwand von 654'179.35 Franken und einen Ertrag von 654'090.70 Franken. Die Wassergebühren werden nach Netzgebühren und einem Arbeitspreis bemessen. Im bestehenden Reglement über die Wassergebühren vom 24. September 2002, das am 01. Januar 2003 in Kraft getreten und per 1. Januar 2008 revidiert worden ist, ist ein Arbeitspreis von 1.85 Franken pro Kubikmeter festgehalten. Im Artikel 5 steht, dass Gebühreanpassungen vom Einwohnerrat vorgenommen werden müssen, sobald der Arbeitspreis unter 90% sinkt oder auf über 110% steigt. Dies hat spätestens nach zwei Jahren zu geschehen. Auf der Homepage der Gemeinde sind in einem Beiblatt die Wassergebühren für das Jahr 2009 festgehalten. Diese seien vom Einwohnerrat am 09. Dezember 2008 mit dem Voranschlag '09 bewilligt worden. Die Gebühren betragen wiederum 1.85 Franken pro Kubikmeter. Dazu meine Verständnisfrage: Wo haben wir das mit diesem Voranschlag bewilligt? Wenn man den Voranschlag anschaut, findet man lediglich einen Eintrag zu den Verbandsgebühren. Da ist die Verbandsgebühr festgehalten und es steht nichts von einem Arbeitspreis. Hier steht es: Verbandsgebühr: 1.70 Franken pro Kubikmeter Wasserverbrauch. Wo haben wir den Arbeitspreis beschlossen? Ist es einfach aufgrund der Zahlen, dass wir sagen, dass es einfach so ist? Oder hätte dort ein Wert in der Vorbemerkung aufgeführt werden müssen?

Gemeinderat Stefan Kunz: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, ich habe die Unterlagen nicht hier, auf die sich Hugo Bosshart bezieht. Wir sind bei den Wassergebühren und im Voranschlag geht es eigentlich um Abwasser.

Hugo Bosshart: Deshalb sage ich, dass ich im Voranschlag nirgends eine Zahl finde, ausser die Verbandsgebühren und einen Hinweis auf der Homepage der Gemeinde Beringen, der wie folgt lautet: "Am 9. Dezember 08 bewilligte der Einwohnerrat im Voranschlag '09 den Arbeitspreis für das Jahr 2009. Der Arbeitspreis basiert auf der bezogenen Wassermenge. Er beträgt 1.85 Franken pro Kubikmeter". Ich frage mich einfach, wo wir den Arbeitspreis bewilligt haben. Das ist mir nicht präsent. Im Voranschlag, auf den Bezug genommen wird, sehe ich nur auf Seite 6 den Wert von 1.70 Franken für die Abwassergebühren, wie du richtig gesagt hast.

Gemeindepräsident Hansruedi Schuler: Im Kommentar sind die Verbandsgebühren enthalten, da hier gegenüber dem Vorjahr eine Änderung vorgenommen wurde. Wir haben sonst sämtliche Gebühren im Wasser-, Abwasserbereich auf dem gleichen Stand wie im Vorjahr. Wir haben bei den Gebühren keine Änderung vorgenommen mit dem Budget. Im Budget hätte die Möglichkeit bestanden, die Gebühren

zu ändern. Es ist keine Änderung passiert im Budget, der gleiche Preis wurde aufrechterhalten, der auch im Vorjahr gegolten hat. Demzufolge stand kein Kommentar im Budget.

Gemeinderat Walter Streit: Es geht in die gleiche Richtung, wie Hansruedi Schuler gesagt hat. Das Budget basiert auf dem Tarif, der im Dezember 2008 gültig war. Es wurde der gleiche Betrag zu Grunde gelegt und aufgrund dessen wurde das Budget gemacht. Mit der Annahme des Budgets wurde auch die Berechnungsgrundlage akzeptiert. Die Berechnung der Kostensätze für die Schüler unserer Nachbargemeinden ist nicht explizit auf Franken pro Schüler im Budget festgelegt, sondern aufgrund der Berechnung wie sie bis anhin reglementiert wurden. Wenn man das ändern würde, müsste man es mindestens im Budget kommentieren. Jetzt kann man mit ruhigem Gewissen sagen, dass sie mit dem Budget akzeptiert worden und wer explizit wissen will, wie hoch sie sind, der soll sich auf der Homepage informieren.

Thomas Maag: Ich finde es sinnvoll, wenn das nächste Jahr im Budget ein wenig umschrieben wäre, damit man weiss, zu was man ja sagt und was sich dahinter verbirgt. Es wäre gut, wenn man das nächste Jahr im Budget erwähnt.

Gemeindepräsident Hansruedi Schuler: Das ist richtig. Es gibt Gebühren, deren Anpassung in der Kompetenz des Gemeinderates liegt und solche, deren Anpassung in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt. Ich gebe Hugo Recht; es ist wichtig, dass man im nächsten Budget, die Gebührensätze, die vom Einwohnerrat festgelegt werden, im Budget erwähnt, auch wenn sie nicht verändert werden.

Zu Seite 26:

Hugo Bosshart: Ich möchte etwas zu den Abwassern innerhalb der Gemeinde wissen, genauer zu Punkt 710 3901: zusätzliche Abschreibungen. Es wurde ein Aufwand ausgewiesen von 687`900.85 Franken und ein Ertrag von 687`639.70 Franken. Die Wassergebühren bemessen sich aus Netzgebühren, Arbeitspreis und Verbandsgebühren. Die Verbandsgebühren sind festgehalten im Reglement vom 20. November `07, das am 01.01.08 in Kraft getreten ist. Die Gebühren betragen dort 0.20 bis 0.60 Rappen pro Kubikmeter Wasserverbrauch. Im Artikel 8 wurde eine Gebührenanpassung beschrieben. Es heisst dort, dass die Gebühren spätestens alle zwei Jahre durch den Einwohnerrat anzupassen sind, falls die Kostendeckung unter 90% fällt oder 110% übersteigt. Da ist aufgeführt, dass der Arbeitspreis jährlich durch den Einwohnerrat festgelegt wird. Ich stosse mich einfach an dieser zusätzlichen Abschreibung von 101`500 Franken. Dies ist für mich ein Ausgleich von Ertrag und Aufwand. Meiner Meinung nach beschönigt man böse gesagt mit dieser Abschreibung die Zahlen zugunsten der Ausgaben, damit man nicht über die 110% kommt und die Gebühren anpassen muss. Ich hätte gerne eine Antwort darauf, wieso man gerade bei diesem Posten eine zusätzliche Abschreibung von 101`500 Franken gemacht hat.

René Auf der Maur: Wir haben aus dem Anschlussgebührenfond Geld genommen, das wir für zusätzliche Abschreibungen verwendet haben. Ich vertrete die Meinung, dass es gut war, dieses Geld aus dem Fond zu nehmen, wie wir es auch im Vorschlag erwähnt haben. Man hätte es auch anders machen können, indem man es nicht aus dem Fond herausgenommen, sondern direkt Abschreibungen getätigt hätte. Dann würde man es einfach nicht so sehen, da es dann direkt aus dem Fond in die Investitionsrechnung geflossen. Dies hätte denselben Effekt gehabt. Ich bin der

Meinung, weil wir es im Budget erwähnt hatten, dass wir das entnehmen, müssen wir auch zeigen, was wir damit machen. Sonst könnte jemandem Zweifel kommen, weil wir das Geld nicht genommen haben. Über diesen Punkt haben wir lange diskutiert, auch anlässlich der Revision und wir kamen zum Schluss, dass es so transparent ist. Eine Seite vorher steht, was wir damit gemacht haben.

Hugo Bosshart: Ist es nicht so, dass man die 93`726 Franken umgemünzt hat?

René Auf der Maur: Ich weiss warum. Im Punkt 710 4800.

Hugo Bosshart: Im Voranschlag?

René Auf der Maur: Nein, im Konto.

Hugo Bosshart: Nein, ich meine im Voranschlag `09. Es stellt sich die Frage, wie hoch man den Fond aufstockt. Müsste man das nicht auch festlegen? Es können damit immer Abschreibungen getätigt werden und der Ertrag und der Aufwand immer gleich gehalten. Dann ändert sich nie etwas an den Gebühren.

Thomas Maag: Auf der nächsten Seite ist es wieder als Ertrag unter dem Punkt 4800 aufgeführt.

Gemeinderat Walter Streit: Ich bin froh über einen Fond, der dazu dient, die Spitzen und Löcher zu glätten, die unter anderem durch die Bautätigkeit entstehen. Wir müssen Investitionen finanzieren können, wenn theoretisch auch gar nichts mehr läuft an Bautätigkeit und somit keine Anschlussgebühren mehr eingenommen werden. Wenn viel Geld hereinkommt, dann müssen wir schauen, dass diejenigen Sachen, die von den Eigentümern finanziert worden sind zurückbezahlt werden. Wenn eine Beruhigung eintritt, dann wird der Fond reduziert. Wenn er soviel Geld aufweist, das wir grob gesagt, nicht mehr loswerden, dann werden die Gebühren reduziert. Wenn wir mit den Gebühren nicht mehr Kosten decken können, dann werden sie nach oben angepasst.

Zu Seite 34:

Regula Widmer: Geschätzter Herr Präsident, werte Anwesende, ich hätte noch eine Frage zu den Finanzen und den Steuern, Punkt 4003: Einkommens- und Kapitalsteuern juristischer Personen. Wenn man die 255`655.20 Franken sieht, die die 140 juristischen Personen in Beringen als Steuersubstrat generieren, dann ist das in dieser Rechnung keine gloriose Zahl. Das einzig Gute an dieser Zahl ist, dass sie nicht viel weiter sinken kann. Das ist wirklich das einzig Positive daran. Die Gemeinde Beringen hat von den Quellensteuern einen Ertrag von 866`194.50 Franken. Daran sieht man, dass der Wirtschaftsstandort Beringen, also die Achse Thayngen, Schaffhausen, Neuhausen, Beringen, von der Wirtschaftsförderung unterstützt wird und die Arbeitsplätze beibehalten und weiter ausgebaut werden konnten. Die Baulandreserven, die Beringen besitzt, das sind 50 Hektaren Industrieland, zeigen, dass ein Potential vorhanden ist. In der Investitionsrechnung sieht man, dass Industriebauland für 1.3 Millionen Franken gekauft wurde. Wenn man das einander gegenüberstellt, dann ist im Moment ein Ungleichgewicht vorhanden. Meine Frage an Sie ist: Hat sich der Gemeinderat Gedanken darüber gemacht, wie Beringen in einer allfälligen weiteren Etappe der Erschliessung eines kantonalen Industriegebietes eine Rolle spielen könnte? Auch im Rahmen der neuen Regionalpolitik des Kantons, dass man sich mit

den zuständigen Stellen in Verbindung setzt, insbesondere, dass man diese Zahl von 255`655.20 Franken ausbauen könnte und sich daraus eventuell sogar eine Steuerertragsperle entwickelt und ein gutes Dienstleistungs-, Arbeitsplatzmarketing entsteht?

Gemeindepräsident Hansruedi Schuler: Zu dem Betrag selbst: Ich sage immer, die Industrie verdient 9 Millionen Franken und die juristischen Personen bringen 1.5 Millionen Franken Steuern. Das ist der Gesamtbetrag, wenn man alles zusammenzählt. Von dieser Seite her gesehen ist das sicher einiges Wert.

Was machen wir mit den Landreserven, die wir haben? Es hat Leute, die sagen, dass man nichts machen soll, damit wir nicht so schnell wachsen. Es hat auch Leute, die sagen, dass wir Reserven haben und somit schauen sollen, dass wir attraktiv sind, damit wir mehr generieren können. Ich stehe im regelmässigen Kontakt mit der Wirtschaftsförderung, auch um zu schauen, welche Möglichkeiten wir in Beringen haben, um irgendwelche Betriebe nach Beringen zu bringen, die nach Schaffhausen kommen. Im Moment kommen ab und zu Holdinggesellschaften nach Schaffhausen, die an einem Standort ausserhalb des Bahnhofes keine Interessen haben. Das ist ganz klar. Aber sobald irgendwo um gewerbliche oder industrielle Projekte geht, sind wir in regelmässigem Kontakt, um zu schauen, ob etwas kommt. Wir können niemanden zwingen, nach Beringen zu kommen. Wir müssen einfach schauen, dass wir Interessenten davon überzeugen können, dass wir eine attraktive Situation haben. Wir sind laufend dabei, dies zu machen. Wir wissen, dass wir die grössten Industrie-reserven im Kanton haben. Demzufolge bin ich überzeugt, dass mittelfristig einige Projekte zustande kommen werden. Vielleicht nicht gerade in der jetzigen Wirtschaftssituation.

Gemeinderat Walter Streit: Zu den Steuererträgen der juristischen Personen müssen ein paar grundsätzliche Bemerkungen gemacht werden. Persönlich bin ich in der jetzigen Situation froh, dass die juristischen Personen nicht mit einem grösseren Anteil an unseren Einnahmen beteiligt sind. Ich möchte im Augenblick nicht Kassenhüter von Thayngen oder Ramsen sein, die haben ganz andere Schwierigkeiten. Lieber ein paar verschiedene mittelständische Unternehmen, die in den verschiedensten Branchen tätig sind, als abhängig zu sein vom Gelingen und Gedeihen eines grossen Unternehmens. Langfristig gesehen, werden alle die, die jetzt ihre kleineren und mittleren Bauten errichtet haben, zu soliden, wenn auch nicht gigantischen, aber regelmässigen Steuerzahlern werden, nachdem sie ihre Abschreibungen tätigen konnten. Diese sind gerechtfertigt durch die Investition in ihre Neubauten. Ob irgendwann ein neues Unternehmen kommt, durch Zugeständnisse, die nicht alleine hier am Tisch besprochen werden können, sondern zusammen mit der Wirtschaftsförderung und dem Regierungsrat, das wird sich weisen. Die Tendenz im Gemeinderat sind keine gigantischen Projekte, sondern lieber mittelständische und kleine, bei denen eine Wertschöpfung stattfindet.

René Auf der Maur: Noch eine Bemerkung zu Punkt 4003: Das sind die provisorischen Steuererträge 2008. Eine provisorische Zahl sagt nicht viel aus.

Regula Widmer: Es geht um die Differenz zwischen der Zahl, die budgetiert wurde und derjenigen, die nachher eingenommen wurde. Es geht mir auch darum, zu wissen, ob der Gemeinderat eine Strategie hat und in welche Richtung diese geht. Das wurde wunderbar beantwortet.

Zu Seite 54:

Regula Widmer: Hier hätte ich eine Frage zur Position 146.02 und 146.03. Sind das die beiden Fahrzeuge, die mit einem Teil des Kantonalbankgeldes abgeschrieben wurden?

Gemeinderat Walter Streit: Ja, das steht auf der Abschreibeliste.

Regula Widmer: Auf Seite 6 ist die Liste mit den Abschreibungen. Von der Kantonalbank wurde einen Betrag von 414`000 Franken an die Gemeinde Beringen überwiesen als Dankeschön für die Unterstützung. Ich hätte mir gewünscht, gerade weil wir nicht in Zugzwang oder in einer finanziellen Notlage sind, dass man eine nachhaltigere Verwendung gewählt hätte. Persönlich hätte es mich gefreut, wenn man es für den Schulhausneubau verwendet hätte. Die Nachhaltigkeit der Abbezahlung eines Mähers ist für mich nicht erste Priorität. Das ist vielleicht nur mein Problem, aber ich möchte es hier deponiert haben, da die Kantonalbank in ihrer ersten Pressemitteilung den Wunsch geäußert hat, dass das Geld für etwas Nachhaltiges verwendet wird. Da habe ich meine Bedenken. Aber in der zweiten Pressemitteilung wurde das Geld zur freien Verfügung deklariert.

Gemeinderat Walter Streit: Ich muss dem vehement widersprechen. Es gibt nichts Nachhaltigeres als bestehende, langjährige Schulden definitiv und endgültig zurückzuzahlen. Was wir damit letztendlich abschreiben ist egal. Wichtig ist, dass wir langjährige Schulden tilgen konnten und dieses Geld dann tatsächlich für etwas Nachhaltiges zur Verfügung steht. Die Projekte, die wir in der Investitionsplanung haben, sind beinahe alle sehr nachhaltig.

René Auf der Maur: Man kann der Liste nicht entnehmen, was mit was abgeschrieben wurde. Der Betrag beinhaltet sowohl KB-Geld, sowie Aktienverkauf.

Regula Widmer: Auf der ersten Liste, die wir von der GPK erhalten haben, ist es anders.

ABSTIMMUNG

Die Jahresrechnung 2008 der Gemeinde Beringen wird einstimmig mit 11:0 Stimmen abgenommen.

Traktandum 3: Bericht und Antrag des Gemeinderates über die Werkleitungen und den Strassenbelag „Postberg“

Gemeinderat Stefan Kunz: Wie in der Vorlage erwähnt, müssen am Postberg die Wasserleitung sowie die Kanalisation ersetzt werden und die gesamte Strasse mit neuen Abschlüssen und einem neuen Belag versehen werden.

Die vorhandenen Probleme mit der Wasser- und der Kanalisationsleitung sind in der Vorlage umschrieben. Der Zustand der Strasse ist für jedermann sichtbar und da braucht es wohl keine weiteren Erklärungen, warum die gesamte Breite erneuert werden muss und nicht nur ein Teilstück.

Unschön an der Vorlage ist sicher, dass nun bei der Ausarbeitung der Kosten der einzelnen Arbeitsgattungen deutliche Mehrkosten zur Budgetschätzung bestehen. Bei der Festlegung der Budgetposten wird jeweils auf eine Schätzung aufgrund anderer vergleichbarer Objekte zurückgegriffen und dann hochgerechnet. Bei der nun vorliegenden Fassung ist der Ingenieur deutlich mehr ins Detail gegangen und hat diverse Knotenpunkte entdeckt, welche deutlich aufwändiger zu lösen sind, als bei einer Standardstrasse. Hier anzumerken ist sicher, dass die Leitungen nicht einfach ausgewechselt werden können, sondern die Übergangszeit mit diversen Provisorien überbrückt werden muss.

Dennoch möchte ich den Einwohnerrat bitten, auf die Vorlage einzutreten und dem beantragten Kredit von 330`000 Franken zuzustimmen.

Roger Walter: Geschätzter Herr Präsident, werte Anwesende, die SVP-Fraktion hätte gerne vor dem Eintreten auf diese Vorlage noch eine zusätzliche Information. Wie sieht die Kostenbeteiligung der Städtischen Werke an den Bauarbeiten aus? Wir hätten gerne beziffert, in welcher Grössenordnung die Beteiligung ausfällt.

Gemeinderat Stefan Kunz: Das ist relativ schwierig zu sagen, da wir nicht wissen, wo die Städtischen Werke ihre Leitungen verlegen werden. Wir haben einen Standardschlüssel. Wir gehen davon aus, dass unser Graben 80 Zentimeter breit ist. Wenn die Städtischen Werke ihre Leitungen auch darin verlegen, dann wird der Graben 1.1 Meter breit. Wir zahlen die eine Hälfte, die Städtischen Werke die andere. Das heisst, jede Partei bezahlt jeweils 55 Zentimeter. Das ist für uns die Einsparung, aber nur dort, wo man gemeinsam Leitungen verlegen kann. Da es von den Städtischen Werken noch kein konkretes Projekt gibt, wissen wir auch nicht, wo ihre Leitungen verlaufen werden. Deshalb ist es für mich unmöglich, dir einen Betrag in Franken zu nennen.

Roger Walter: Kann es sein, dass die Städtischen Werke daneben selbst einen Graben machen, im schlimmsten Fall?

Gemeinderat Stefan Kunz: Das wäre theoretisch möglich, wenn für beide Seiten daraus Vorteile resultieren. Zum Beispiel am Rain, wo die Anschlüsse so weit auseinander liegen, käme es teurer. Deshalb macht man es dort nicht zusammen. Der Postberg ist nicht gleich. Es gibt dort diverse Anschlüsse und Abzweigungen. Das kann man erst sagen, wenn das Projekt steht, ehrlicherweise eher erst dann, wenn es gebaut wurde.

EINTRETENSDEBATTE

Stefan Seelhofer: Herr Präsident, werte Anwesende, es ist ein weiterer Pflasterstein auf dem richtigen Weg, den der Gemeinderat eingeschlagen hat, zur Sanierung unseres immer besser werdenden Wassernetzes.

Die EVP/CVP/FDP-Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten.

Beat Schlatter: Herr Präsident, werte Anwesende, die ÖBS/SP-Fraktion findet es ebenfalls sinnvoll, dass man das in Angriff nimmt und sind auch für Eintreten.

Roger Walter: Die SVP-Fraktion ist auch für Eintreten.

Einheitliches Eintreten wird festgestellt.

DETAILBERATUNG

Erwin Zoller: Ich möchte noch eine Ergänzung zur vorherigen Diskussion anbringen. Wir hatten immer wieder das Problem mit dem Einbezug der Städtischen Werke, wie beispielsweise auch im Gellerstieg. Kann man nicht auf eine künftige Vorlage hin festlegen, wo die Städtischen Werke beteiligt sind, damit man das beziffern kann?

Gemeinderat Stefan Kunz: In der Theorie ist das selbstverständlich machbar, aber die Praxis zeigt, dass die Leitungen nicht immer dort sind, wo sie auf den Plänen verzeichnet sind. Dann muss man an anderen Orten graben und dann stimmt es nicht mehr. In der Theorie kann man es beziffern, aber ob dann die Abrechnung so ausfällt, das weiss man nicht. Das Problem ist, dass in der Regel alte Leitungen ersetzt werden und von diesen wissen wir nicht, wo sie verlegt wurden. Wenn wir beispielsweise eine Leitung aus dem Jahre 2002 ersetzen müssten, könnten wir viel genauere Angaben machen, da wir genauere Pläne besitzen.

Erwin Zoller: Schauen die Städtischen Werke im geöffneten Graben nach, wo die Leitungen verlaufen und entscheiden dann, wo sie ihre Leitungen verlegen wollen?

Gemeinderat Stefan Kunz: Das ist nicht so. Wir haben selbstverständlich ein Wasser- und ein Gasprojekt, wenn es zur Ausführung kommt. Wenn wir aber den Graben offen haben und unsere Wasserleitungen nicht dort sind, wo sie auf dem Plan gezeichnet sind, dann müssen wir wieder etwas anpassen und dann stimmt der Verteilungsschlüssel nicht mehr. Das Problem ist, dass wir nicht genau wissen, wo die alten Wasserleitungen verlaufen. Vorher hat mir Stefan Seelhofer gesagt, dass er auf dem Plan ein Wasserleitungsmass gesehen hat, dass es gar nicht gibt und auch vor 150 Jahren nicht gegeben hat. Wir haben erst Gewissheit, was wir antreffen, wenn der Graben offen ist.

Stefan Seelhofer: Erwin, es ist auf dem Plan auf der letzten Seite die GU 120. Eine Graugussleitung wird mit GWG abgekürzt und die gibt es nur in den Massen 125 und 150. Wir hätten die einzige 120 in der Schweiz. Dann hätten wir sie als Erinnerung unter Heimatschutz stellen müssen.

Roger Paillard: Gibt es sonst noch Voten?

Stefan Seelhofer: Werter Herr Präsident, werte Anwesende, wir bauen nicht Trinkwasserleitungen, sondern Löschwasserleitungen. Wir müssen 125-er Graugussleitungen durch 160-er Kunststoffleitungen ersetzen, damit wir den Minimalinnendurchmesser von mindestens 125 erreichen, wegen der Gebäudeversicherung. Es ist mir ein Anliegen, dass man bei den Kollegen in der Stadt vorstellig wird und das nicht nur einmal, sondern auch zweimal, wenn sie knausern. Aus meiner Sicht würde eine 125-er sicher ausreichen, aber feuerwehrtechnisch reicht es nicht. Ich finde es auch gut, dass gleichzeitig ein neuer Hydrant geplant wurde. Für mich ein gutes Projekt.

Gemeinderat Stefan Kunz: Subventionen holen wir immer ab, wenn wir sie zugesprochen bekommen. Wir reichen immer Subventionsanträge ein, ob die Stadt uns schlussendlich Subventionen gibt, ist ein anderes Kapitel.

ABSTIMMUNG

Der Antrag des Gemeinderates betreffend den Kredit über 330`000 Franken für den Ersatz der Werkleitungen und des Strassenbelages „Postberg“ wir einstimmig mit 11:0 Stimmen angenommen.

Traktandum: Bericht und Antrag des Gemeinderates über die Anschaffung eines Fahrzeuges für das Bauamt

Gemeinderat Stefan Kunz: Neues Fahrzeug für das Bauamt: Wie in der Vorlage beschrieben, hat das Bauamt seit letztem Sommer eine Unterkapazität im Bereich Fahrzeuge. Da nicht einfach umgehend ein neues Fahrzeug angeschafft wurde und die Situation erst über längere Zeit überprüft wurde, kann nun definitiv gesagt werden, dass dem Bauamt ein Fahrzeug für den täglichen Gebrauch fehlt. Wie ebenfalls beschrieben, besteht bei den heutigen Fahrzeugen das Problem, dass das Bauamt lediglich über eine Ladekapazität von 500 Kilogramm verfügt. Viele Arbeiten im jetzigen Betrieb stossen da an die Grenzen und manche Fahrt wird wohl an der Grenze des Tolerierbaren sein. Eindrücklich wurde das festgestellt beim Winterdienst. Wird der Salzstreuer auf das jetzige Bauamtfahrzeug montiert, ist die zulässige Ladekapazität eigentlich erreicht und das Salz kann nicht mehr mitgenommen werden. auch für andere Arbeiten und Transporte im Tagesgeschäft müssen immer öfters externe Transporte eingekauft werden, weil die benötigte Ladekapazität nicht vorhanden ist. Dieses Problem möchte der Gemeinderat lösen mit der Anschaffung eines Kleinlastwagens mit einer deutlich grösseren Ladekapazität. Da ein solches Fahrzeug für die Gemeinde Beringen lediglich eine Occasion sein kann, möchte der Gemeinderat vom Einwohnerrat ein Kostendach von 50`000 Franken beantragen, um bei einem geeigneten Fahrzeug unverzüglich zuschlagen zu können. Gute Occasionsfahrzeuge sind nicht dauernd auf dem Markt und daher ist der Faktor Zeit ein ganz entscheidender, um ein geeignetes Fahrzeug zu erwerben.

In diesem Sinne möchte ich den Einwohnerrat bitten, auf die Vorlage einzutreten und den Kredit von 50`000 Franken zu bewilligen und stehe natürlich für ergänzende Angaben gerne zur Verfügung.

EINTRETENSDEBATTE

Erwin Zoller: Herr Präsident, werte Anwesende, ich kann dieser Beschaffung sehr wohl zustimmen. Sehr gut finde ich die aufgeführten Eckdaten, die zeigen, was für ein Fahrzeug es sein soll. Auch die Begründung, warum es ein Kleinlastwagen sein soll, nämlich wegen des Gewichtes, kann ich sehr gut nachvollziehen. Problematisch für das Volk wird sein, dass wir schon einmal ein solches Fahrzeug besessen haben. Das wurde dazumal verkauft, aber es ist sicher wichtig zu betonen, dass dort eine

ganz andere Situation vorlag, besonders personell. Die damalige Situation hatte diesen Schritt erfordert. Das müssen wir dem Volk richtig erklären, damit dieser Schritt nicht falsch verstanden wird.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Andreas Roost: Herr Präsident, geschätzt Anwesende, ich kann mich Erwin nur anschliessen. Persönlich finde ich es eine gute Sache.

Die SP/ÖBS-Fraktion ist auch für Eintreten.

Thomas Maag: Auch wir von der CVP/EVP/FDP-Fraktion finden diese Anschaffung gut. Ein Thema ist sicher, dass was Erwin schon angesprochen hat, dass man ein Fahrzeug schon einmal verkauft hatte. Es sehen aber auch alle, welche Leute momentan im Bauamt arbeiten. Ihr müsst das Fahrzeug nur nicht gerade wieder verkaufen. Man muss sich auch überlegen, ob das Fahrzeug mehr kostet. Wie viel es ausmacht, das weiss ich nicht. Aber auch wir sind für Eintreten.

Einheitliches Eintreten wird festgestellt.

DETAILBERATUNG

Erwin Zoller: Mir ist die Ersatzbeschaffung nicht ganz klar. Was wird durch was ersetzt? Die Reihenfolge ist ein wenig chaotisch aufgeführt. Ein Campo wurde ausgetauscht durch einen Iveco und der Ersatz für den Iveco war wieder ein neuer Campo? Das neue Fahrzeug ist ein Ersatz für den Iveco?

Gemeinderat Stefan Kunz: Das ist vom Ablauf her nicht ganz richtig, Erwin. Den Opel Campo konnte man letzten Sommer nicht mehr vorführen, deshalb hat man ihn repariert und für den Export verkauft. Dann hat dieses Fahrzeug gefehlt. Dann haben wir uns Gedanken gemacht, ob wir wieder ein neues Fahrzeug brauchen. Wir kamen zu dem Schluss, dass wir wieder eines brauchen. Die Frage war, was für eines brauchen wir für unsere Arbeit auf dem Bau. Auf diese Frage hin, kam dann die Idee mit dem Kleinlastwagen als Ersatz für den Campo. Dass der Iveco vor zwei, drei Monaten ausgebrannt ist und ein anderes Fahrzeug benötigt wurde, hat nichts mit dem Ersatz des Opel Campo zu tun. Es ist in der Zwischenzeit einfach passiert, dass der Iveco Feuer gefangen hat und schnell ein neues Fahrzeug benötigt wurde.

Erwin Zoller: Ich hatte es anders verstanden, aber das ist ein Detail.

Roger Paillard: Wir sind in der Detailberatung.

Stefan Seelhofer: Herr Präsident, werte Anwesende, ich hoffe für das Bauamt, respektive für uns alle, dass es kein Unimog sein wird. Das ist nicht zu unterschätzen. Die zwei Männer, die das Fahrzeug auch fahren werden, leisten sehr gute Arbeit. Es wäre grob fahrlässig von uns, wenn etwas passieren würde mit dem Fahrzeug mit dem Salzstreuer ohne Salz, wie Stefan vorhin erzählt hat. Spass beiseite. Sollten die Arbeiter ihre gute und manchmal nicht einfache Arbeit mit beinahe 4000 Chefs weiterführen können, brauchen sie eine gute Nutzlast. Ich könnte mir vorstellen, dass es Probleme geben könnte, wenn wieder ein Unimog auf dem Gemeindeareal stehen würde. Dann würden die 4000 Chefs sagen, dass die auf der Gemeinde spinnen, da

man schon vor zehn Jahren einen Unimog hatte, den man verkauft hat und jetzt steht wieder einer da. Den Weg finde ich sehr gut, auch die Eckdaten. Aber für uns alle hoffe ich, dass es kein Unimog sein wird.

Gemeinderat Stefan Kunz: Wenn uns die Zukunft zeigt, dass ein Unimog das beste Fahrzeug ist, dann werde ich auch einen solchen bei den Kollegen im Gemeinderat beantragen. Vergangenheit ist Vergangenheit. Wir können deshalb nicht irgendetwas kaufen, das niemanden richtig glücklich macht. Wir schauen in die Zukunft. Wenn das beste Fahrzeug ein Unimog ist, dann werden wir wieder einen solchen kaufen.

Monika Hess: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, ich habe vor zehn Jahren nicht gelesen, was mit dem Unimog-Verkauf war. Kann mich irgendjemand in die Geschichte einweihen, damit ich dann auch Auskunft geben kann, warum es in der Bevölkerung nicht geschätzt wird, wenn wir einen Unimog kaufen?

Gemeinderat Stefan Kunz: Das sagen nicht alle, das sagen nur Erwin und Stefan. Ich weiss es nicht genau. Es war auch lange vor meiner Zeit. Das liegt schon viel mehr als zehn Jahre zurück.

Monika Hess: Dann kann man das nicht so wahnsinnig ernst nehmen?

Gemeinderat Walter Streit: Ich habe diese Geschichte miterlebt. Ich habe gesehen, wie Fidel und Herr Litschi mit dem Unimog im Dorf herumgefahren sind, um damit Trinkwasserrohre zu vergraben, also transportiert und dann in Gräben versenkt. Dann wurde Fidel pensioniert und Herr Litschi wechselte zu den Städtischen Werken. Wir haben die Aufgabe der Verlegung der Wasserleitungen den Städtischen Werken übertragen. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Bauamt niemanden mehr mit einem Fahrausweis, der ihn dazu berechtigt hätte, mit einem Unimog zu fahren. Also hat uns der Unimog, der zwar ein gutes und gepflegtes Fahrzeug war, nichts mehr genutzt. Beim Verkauf ins Bündnerland verdienten wir 40'000 Franken. Jetzt mit Martin Bollinger und Daniel Bolliger, die die entsprechenden Bewilligungen haben, um ein solches Fahrzeug zu lenken, haben wir die Möglichkeit, diese Grösse wieder zu nutzen. Die Gründe wurden vorher dargelegt. Wenn man das der älteren Generation, die die Geschichte miterlebt hat, erklären muss, dann ist eine Bemerkung nie falsch: Die Situation hat sich geändert und man darf auch gescheitert werden. Man darf bemerken, dass die damalige Anschaffung eine gute war und dass der Glaube, das Fahrzeug nicht mehr zu benötigen, durch bessere Erkenntnisse ersetzt wurde. Deshalb ist dieser Antrag auf dem Tisch.

Roger Walter: Ich habe noch eine Frage zum Unimog. Es war einmal im Gespräch, dass man den Unimog anderweitig einlösen kann, dass beispielsweise die Geschwindigkeit auf 40 km/h begrenzt ist und dann kann man ihn mit dem Ausweis F fahren. Jeder der einen Traktor führen darf, kann ihn dann fahren. Dann kann jeder auf dem Bauamt mit ihm fahren. Diese Möglichkeit würde bestehen, wenn niemand mehr den Unimog fahren könnte.

Gemeinderat Stefan Kunz: Wir haben selbstverständlich auch darüber gesprochen, wer mit dem Fahrzeug fahren darf. Nach meinem jetzigen Wissensstand ist es nicht erlaubt, den Unimog mit einem Traktorenbrief zu fahren, ausser man kann es als landwirtschaftliches Fahrzeug einlösen. Aber ob eine Gemeinde eine Bewilligung bekommt, einen Kleinlaster als landwirtschaftliches Fahrzeug zu nutzen, bezweifle

ich. Wenn man ihn normal als Kleinlastwagen einlöst, dann muss man den entsprechenden Fahrausweis besitzen.

Thomas Maag: Heute haben wir Leute auf der Gemeinde, die es können und auch noch dürfen. Diese werden der Gemeinde beweisen, dass es gut ist, wenn man einen kauft.

Hugo Bosshart: Man sollte bei der Anstellung darauf achten, dass es genügend Mitarbeiter hat, die ein solches Fahrzeug lenken dürfen. Sonst gehört die Person nicht ins Bauamt. Denjenigen Mitarbeitern, die noch keinen solchen Ausweis haben, sollte man eine Ausbildung angedeihen lassen. Es kann nicht angehen, dass einer in den Ferien weilt, der andere Durchfall hat und keiner mehr fahren kann. Jeder vom Bauamt sollte in der Lage sein, so ein Gefährt zu fahren.

Regula Widmer: Ich möchte alle bitten, dass wir unsere Zeit nicht für die Vergangenheitsbewältigung in Sachen Unimog aufwenden. Es geht in diesem Antrag um einen Kredit von 50`000 Franken für ein neues Fahrzeug. Ich habe Vertrauen in die Herren vom Bauamt, dass sie ein der Situation entsprechendes, geeignetes Fahrzeug einkaufen werden. Es geht mir nicht um die Unimog-Geschichte. Ich wüsste noch nicht einmal, wie einer aussieht.

Gemeinderat Stefan Kunz: Ich möchte noch etwas zu Hugo Bosshart sagen. Ich finde es vernünftig, dass auch die Teilzeitmitarbeitenden fahren können. Ich wollte aber anmerken, dass wenn die beiden zu 100% angestellten auf dem Bauamt ausfallen, wegen Ferien und Durchfall, dann haben wir noch mehr Probleme, als dass niemand mehr mit dem Kleinlastwagen fahren kann.

ABSTIMMUNG

Der Antrag des Gemeinderates betreffend den Kredit über 50`000 Franken für die Anschaffung eines Occasion Kleinlastwagens wird einstimmig mit 11:0 Stimmen angenommen.

Traktandum 5: Verschiedenes

Gemeinderätin Eva Neumann: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen und Sie über den Stand des Projektes Spielbach im Schwimmbad informieren. Am 7. April dieses Jahres hat der Einwohnerrat die Erstellung des Spielbaches bewilligt. Die beteiligten Unternehmen haben kurz danach mit den Bauarbeiten begonnen. Das Ziel war, dass sich der Bach möglichst natürlich ins Terrain einfügt und keine Bäume dem Bauvorhaben weichen müssen. Es hat kurzfristig Planänderungen gegeben. Es wurde zusammen mit dem kantonalen Labor, das für die Kontrolle der Badewasserqualität zuständig ist, entschieden, dass der Bach anstelle mit Chlorwasser mit Frischwasser betrieben wird. Damit die Kläranlage nicht weiter belastet wird, ist in Absprache mit dem kantonalen Labor entschieden worden, dass das Abwasser in den Lieblosentalbach geleitet wird.

Ebenfalls wurde entschieden, auf die Grünflächen zwischen den zwei Bachläufen zu verzichten, da der Unterhalt schwierig geworden wäre. Es wurde befürchtet, dass die Grünflächen matschig werden würden und somit immer nass wären. Gras oder Rasen würden dies nicht überleben. Dass das eine gute Entscheidung war, kann man am Rasen im Bereich des oberen Teils erkennen, der wegen Überschwemmungen stark beansprucht ist. Die Gartenbaufirma wurde bereits darüber informiert und wird sich dieser Sache annehmen. Damit der Wasserverbrauch nicht unnötig hoch ist, wurde ein Knopf installiert. Das Wasser läuft nur, wenn die Kinder dort spielen und den Knopf betätigen. Die eingestellte Uhr und den Wasserdruck kann der Bademeister selber einstellen. Der Spielbach wurde offiziell am 16. Mai den Kindern übergeben. Es wird sicher noch eine gewisse Zeit brauchen, bis man ausreichend Erfahrungswerte hat, um zu wissen, welche Einstellungen optimal sind. Weil der Spielbach mit Frischwasser betrieben wird, wurde eine Wasseruhr dazwischen geschaltet, damit wir am Ende der Saison ablesen können, wie viel Wasser effektiv verbraucht wurde. Was noch fehlt sind Sonnensegel, damit die Kinder auch im Hochsommer ohne Angst vor einem Sonnenbrand spielen können. Die Fundamente sind bereits vorbereitet. Die Sonnensegel sollten spätestens bis Mitte Juni installiert sein. Zu den Kosten kann ich noch nichts sagen, da ich noch keine Rechnungen bekommen habe. Mir wurde aber versichert, dass wir weiterhin im Budget liegen. Ich kann Ihnen versichern, dass sowohl interne als auch externe Abklärungen am Laufen sind, warum es zu diesen Planänderungen gekommen ist. Zum Schluss möchte ich aber auch erwähnen, dass es viele positive Rückmeldungen zum Spielbach gab und dass sich der Bach super in das Gelände einfügt.

Hugo Bosshart: Geschätzte Damen und Herren, ich muss sagen, dass ich vom Spielbach enttäuscht bin, aber nicht von der Idee. Es kommt mir so vor, als wenn wir einen Toyota bestellt und einen Fiat erhalten haben. Auch der Fiat läuft, aber er ist nicht so gebaut, wie wir uns das vorgestellt haben. Wenn wir die Pläne der Vorlage anschauen, dann sind die Skizzen ganz klar. Deutlich und klar sind die verschiedenen Bachläufe und Becken aufgezeichnet. Auch die Druckpumpe, die Zuleitung zum Wasserbecken und der Überlauf zum Standsammler in das Kinderbecken sind ganz klar festgehalten. Heute haben wir eine ganz andere Situation. Es wurden keine Seitenarme gemacht, so dass wir jetzt eine Autobahn mit zwei Läufen haben, die unten nach einer Kurve ins Becken führen. Was mich an dieser Sache am meisten stört ist die Verwendung von Trinkwasser. Ich kann nicht verstehen, dass eine Gemeinde mit Weitsicht Trinkwasser verschwendet und den Bach hinunter gehen lässt. Man kann zwar sagen, dass der Bach nur eine Viertelstunde läuft, über das Jahr gesehen sind es nur so und soviel Kubikmeter, aber ich finde es absurd, dass man so etwas wichtiges wie Trinkwasser auf Knopfdruck den Bach hinunterspült, zumal wir über ein geschlossenes, chloriertes System abgestimmt haben. Wenn eine Firma sagt, dass das Amt für Lebensmittelkontrolle und Umweltschutz entschieden hat, dass es mit chloriertem Wasser nicht geht, dann wäre es meiner Meinung nach notwendig gewesen, dass man den Entscheid schriftlich vom ALU in Schaffhausen erfragt. Genau das habe ich auch gemacht. Das ALU hat ganz klar gesagt, dass sie mit den Leuten der CSF gesprochen haben. Man hat verschiedene Varianten besprochen. Man hat aber nie gesagt, dass es nicht in einem geschlossenen, chlorierten Kreislaufsystem betrieben werden darf. Was klar gesagt wurde, ist, dass kein chloriertes Wasser in den Bach geleitet werden darf. Das war die Auskunft und das liegt mir schriftlich so vor. Meiner Meinung darf ein Systemwechsel von diesem Ausmass nicht vorgenommen werden, ohne dass die Vorlage in die Kommission oder den Einwohnerrat zurückgeht. Deshalb bin ich enttäuscht, nicht vom Projekt selber, sondern von der ganzen

Vorgehensweise. Den Wechsel zu Frischwasser kann ich nicht goutieren. Ich bin der Meinung, dass sich die GPK um die Sache kümmern und auch die Kostenfolge überprüfen muss. Ich störe mich wahnsinnig an dem Frischwasser. Was mich auch noch stört: Die ersten Sätze des ALU. Ich möchte dies nicht weiter ausführen. „Der Bademeister hat die bei uns im Bereich Badwasser tätige Mitarbeiterin kontaktiert...“ Jetzt beginnt es: Es hat einen Rasen, den muss man noch mähen, der wird matschig, und so weiter. Der Mitarbeiter der CSF hat gesagt: „Wissen Sie, am Ende sprechen hier immer viele Leute mit. Dann hat es dort noch einen Baum und die Wurzelkrone darf man nicht beschädigen.“ Dann habe ich gesagt, dass der Baum meiner Meinung nach schon vier Jahr dort steht. Bei der Projektierung war er schon da und man hätte ihn ins Projekt einbeziehen müssen. Alles Sachen, bei denen ich sagen muss, dass es so nicht geht.

Roger Walter: Ich kann mich Hugo Bosshart nur anschliessen. Was mich masslos enttäuscht: Der springende Punkt für die Lage des Baches war die Pumpe und die Anschlüsse. Die SVP stellte den Antrag, eine andere Lage für den Bach anzuschauen. Dann hiess es, dass die Badekommission geschaut hat. Im Nachhinein hätte man den Bach irgendwo bauen können. Wasserleitungen und Abwasserleitungen hätte man verlegen können. Man fühlt sich schon ein wenig verarscht. Ich glaube auch in der Bevölkerung hat es Leute die sagen, dass die Idee vom Bach gut ist, aber die Art und Weise, wie es abgelaufen ist, haarsträubend war. Das muss man ganz klar so sagen. Dass Frischwasser verwendet wird ist auch nicht gut.

Christian Chiozza: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, die GPK wurde selbstverständlich hellhörig und wir haben beschlossen, dass wir dieses Geschäft überprüfen. Wir werden dem Einwohnerrat einen Bericht abgeben, in dem steht, was wie und warum gelaufen ist.

Astrid Schlatter: Ich habe noch eine Anmerkung von einer Mutter, die ein kleines Kind hat. Sie hat gemeint, dass die Farbwahl des Knopfes ein wenig ungünstig gewählt sei, weil es dieselbe Farbe ist, die man für Alarmknöpfe verwendet. Kann man ihn mit einer anderen Farbe überspritzen?

Gemeinderätin Eva Neumann: Nein, er wird ausgetauscht werden.

Stefan Seelhofer: Mir ist es noch wichtig zu sagen, dass die Firma Schraff & Müller eine sensationelle Arbeit geliefert hat. Trotz aller Misstöne, die es gegeben hat. Ich war immer ein wenig skeptisch, ob es zeitlich machbar sei. Man muss der Firma einen grossen Kranz winden. Ich war derjenige, der Roger gesagt hatte, dass wir von der Badekommission schon wissen, was gemacht wird, aber es wurde komplett etwas anderes gemacht. Darüber wurde jetzt aber schon genug diskutiert.

Thomas Maag: Ich kann mich vielen Sachen anschliessen. Den Bach finde ich super, aber ich möchte nicht nur wissen, warum man Frischwasser verwendet, sondern ich möchte auch untersucht haben, warum es nur ein Bach ist und nicht zwei und wer das bestimmt hat. Das möchte ich dann schon noch wissen. Wir haben über die Pflege gesprochen. Es wäre vielleicht einfach nicht mehr grün, aber es könnte immer noch zwei Rinnen haben. Ich bin auch nicht sicher, ob das noch gleich teuer ist, wenn es keine Pumpe hat und nur noch eine Rinne.

Hugo Bosshart: Neben der Frage, wieviel Wasser den Hang hinunterläuft, müsste man auch noch wissen, wieviel Abwassergebühren man verrechnen müsste. Das würde mich interessieren.

Roger Paillard: Die GPK nimmt sich dem Fall an. Wenn man weiss, wieviel Wasser geflossen ist, kann man das einfach ausrechnen.

Hugo Bosshart: Es geht nicht nur um das Ausrechnen des Wassers. Das ist einfach. Es geht mir darum, ob die Begründung ist, dass man weiss, wieviel das Loch hinunterfließt oder dass man weiss, wieviel Abwassergebühren man bezahlen müsste?

Gemeinderätin Eva Neumann: Es gibt keinen Gemeinderatsbeschluss bis jetzt, dass man das Abwasser nicht bezahlt. Diese Wasseruhr wurde installiert nach der Planänderung, da ich der Meinung bin, dass es von öffentlichem Interesse ist, zu wissen, wieviel Wasser so ein Bach braucht. Wir haben keine Erfahrungswerte. Deshalb wurde vom Bauamt eine gebrauchte Wasseruhr eingebaut.

Gemeinderat Stefan Kunz: Noch ein Detail, der Besitzer der Wasseruhr ist nicht die Wasserversorgung, sondern die Gemeinde Beringen. Das ist vielleicht beinahe dasselbe, aber eben nicht dasselbe. Die Wasserversorgung hat mit dieser Wasseruhr nichts zu schaffen. Die Wasserversorgung und ich als Wasserreferent haben nur eine Wasseruhr in der Hauptleitung im Schwimmbad installiert. Die ist offiziell.

Gemeinderat Andreas Leu: Ich komme zu der Glassammelstelle, ein weiteres heikles Thema. Es war einmal vorgesehen, dass wir ein Tor installieren, damit die Öffnungszeiten eingehalten werden. Diese Idee wurde hier nicht goutiert. Die Idee von versenkten Containern sollte geprüft werden. Das Baureferat hat das mittlerweile geprüft. Unter der Glassammelstelle verlaufen das Abwasser und der Bach. Diese zwei Kanäle verlaufen zu nahe beieinander. Man hat zuwenig Platz, dazwischen noch Container zu platzieren. Das Ganze wurde noch grosszügig einbetoniert. Man hat überprüft, wieviel es kosten würde, den Bach zu verlegen. Die Kosten würden über 300'000 Franken betragen. Im Rahmen vom GEP muss man den Bach so oder so einmal neu machen, aber es wäre jetzt noch nicht so weit. Deshalb haben wir nach einer anderen Lösung gesucht. Wir haben den COOP gefragt, ob wir einen Parkplatz mit der Glassammelstelle tauschen können. Bei der Glassammelstelle gäbe es Parkplätze, und die Glassammelstelle käme ein Stück weiter oben zu liegen.

Stefan Seelhofer: Das Projekt Standort Landi wird in diesem Fall nicht weiterverfolgt, oder wurde es gar nie gross verfolgt?

Gemeinderat Andreas Leu: Eine Sammelstelle reicht für ein Dorf mit der Grösse von Beringen nicht aus. Ein zweiter Schritt wird die Bestimmung eines Standortes für eine weitere Sammelstelle sein.

Schluss der Sitzung: 21.34 Uhr

Die Aktuarin

Natalie Nigg

Beringen, den 07. Mai 2009